



Christian Spahr ist Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Sofia.

SCHWEIGEN UND SKANDALISIERUNG

DER UMGANG SÜDOSTEUROPÄISCHER MEDIEN MIT DER VERGANGENHEIT

Christian Spahr

„Vergangenheitsbewältigung“ lässt sich nur schwer in andere Sprachen übersetzen. Auf Englisch wäre „Coming to terms with the past“ noch am passendsten. Das deutsche Wort ist international ein Fachbegriff geworden, den wir eher unbewusst in den politischen Wortschatz der Welt exportiert haben. In der englischen Wikipedia finden sich dazu fünf Druckseiten Text, Zeugnis der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext hat der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse folgende Voraussetzungen für den politischen Vorgang der Vergangenheitsbewältigung definiert: erstens ein Verbrechen, zweitens dessen Beendigung und drittens eine Demokratisierung.¹ Wenn man diese Definition auf die Medien überträgt, wird deutlich, dass sie bei der Vergangenheitsbewältigung eine doppelte Rolle einnehmen: Einerseits sind Medien Chronisten von politischen Verbrechen, dem Ende einer Gewaltherrschaft und dem anschließenden Systemwechsel. Und andererseits haben viele von ihnen in Diktaturen eigene Altlasten der Geschichte angehäuft, weil sie Verbrechen unterstützt und vielleicht auch deren Beendigung und Aufarbeitung sabotiert haben.

Die Bewältigung der politischen und der medialen Vergangenheit hängen eng miteinander zusammen, denn Massenmedien sind ein Schlüssel zum Bewusstseinswandel

1 | Vgl. Ulrich Batts, Günther Jakobs, Eckhard Jesse und Josef Isensee, „Vergangenheitsbewältigung durch Recht. Drei Abhandlungen zu einem deutschen Problem“, *Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte*, 16, Duncker und Humblot, Berlin, 1992, 716.

der Bevölkerung. Nur mit ihrer Unterstützung kann die Akzeptanz für einen politischen Neuaufbau und demokratische Strukturen geschaffen werden, aber auch für eine veränderte Wahrnehmung der Geschichte. In Südosteuropa zeigt das nicht nur der Blick auf die kommunistische Epoche, sondern auch der Umgang der Medien mit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. In beiden Fällen gibt es Nachholbedarf an hochwertiger Berichterstattung und kritischer Selbstreflexion der Medien.

BULGARIEN: LIBERALISIERUNG UND TABUS

In Bulgarien, dem zweitgrößten Land Südosteuropas nach Rumänien, gab es bereits ab Mitte der 1980er Jahre erste Tendenzen in den Medien, die kommunistische Ideologie durchlässiger zu gestalten. Flankiert von den sowjetischen Perestroika-Medien, gab die Parteizeitung *Rabotnitschesko Delo* (Arbeitersache) das Signal zu einer gemäßigten Kritik, und andere Medien zogen mit der gebotenen Vorsicht mit. Die von der politischen Führung gestattete Liberalisierung bestand darin, dass nun einzelne Tabus angesprochen werden durften, etwa die schlechte Wirtschaftsentwicklung, Korruption und überbordende Bürokratie.²

Gleichzeitig gab der Staat in bestimmten Schlüsselmomenten wieder rigoros die Berichterstattung vor, etwa bei der Vertreibung eines Teils der türkischstämmigen Bevölkerung 1989, kurz vor dem Zusammenbruch des Systems. Die massiv von der Staatsicherheit unterwanderten Medien hatten der Parteilinie zu folgen, die eine ethnisch homogene sozialistische Gesellschaft vorsah. Rund 360.000 Menschen mussten das Land verlassen. Zuvor hatte das Regime bereits die Vor- und Nachnamen von 800.000 bulgarischen Türken zwangsweise slawisieren lassen, etwa von „Mehmet“ zu „Milan“. Widerständler landeten in einem berüchtigten Arbeitslager auf einer Donauinsel bei der Kleinstadt Belene. Die Staatsmedien begründeten die Slawisierung mit Unterstellungen, dass die türkischstämmigen Bulgaren eine autonome Republik von Bulgarien abspalten wollten und die türkische Armee

Bei der Vertreibung eines Teils der türkischstämmigen Bevölkerung 1989 hatten die Medien der Parteilinie zu folgen, die eine ethnisch homogene sozialistische Gesellschaft vorsah.

2 | Alexander Andreev, „Die Medien in Bulgarien in den 80er und 90er Jahren: von moderater Staatsferne zur populistischen Staatsferne“, 2004, 1-2 (via E-Mail an den Autor, 07.01.2013).

bereits an der Grenze warte.³ Die kommunistische Propagandamaschinerie hielt sowohl für die Namensänderungen als auch für die Vertreibung wohlklingende Begriffe bereit – „Wiedergeburtprozess“ und „Große Exkursion“.

Lediglich etwa 20 Journalisten landesweit haben sich bislang mit der staatlichen Unterdrückung der türkischstämmigen Bevölkerung und den kommunistischen Arbeitslagern beschäftigt.

Die damalige staatliche Unterdrückung der türkischstämmigen Bevölkerung, aber auch die über Jahrzehnte bestehenden kommunistischen Arbeitslager sind nach wie vor kaum ein Thema für die Medien. Lediglich etwa 20

Journalisten landesweit haben sich damit bislang beschäftigt. Bei der geringen Berichterstattung zum Schicksal der bulgarischen Türken unter den Kommunisten spielt sicher eine Rolle, dass die 500-jährige osmanische Herrschaft in Bulgarien von 1396 bis 1878 von vielen Bulgaren als „Türkisches Joch“ erinnert und bezeichnet wird. Doch es gibt auch darüber hinaus nur ein verhaltenes Interesse der Medien an tieferer Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit.

Fragmentierte Aufarbeitung – Die Stasi-Akten als Schlüssel

Die Medien trügen zur Verwirrung bei, nicht zur Aufarbeitung, kritisiert etwa Professor Ivaylo Znepolski, Leiter des „Instituts für die Erforschung der nahen Vergangenheit“ in Sofia. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen ignorieren die Verbrechen des Kommunismus zwar nicht, haben die Forscher festgestellt. Die mediale Vergangenheitsbewältigung sei aber fragmentiert und eher beliebig. „Eine Zeitung kann in derselben Ausgabe Interviews mit Opfern des Regimes und einer kommunistischen Polit-Legende bringen. Gut und Böse fließen ineinander, das Publikum wird verwirrt“, beschreibt Znepolski ein aus seiner Sicht typisches Beispiel. „Eine andere Zeitung hat eine seriöse, investigative Serie über die Vergangenheit veröffentlicht und parallel dazu Artikel, die Todor Schiwkow und seine Tochter preisen.“ Schiwkow regierte Bulgarien als Diktator in den Jahren 1954 bis 1989.

3 | Simone Böcker, Radiosendung „Exodus – die Vertreibung der bulgarischen Türken vor 20 Jahren“, *SWR2 Wissen*, 29.12.2009, <http://swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/-/id=5627266/property=download/nid=660374/16wnssw/swr2-wissen-20091229.pdf> [11.03.2013].

In Bulgarien ist es danach zu keinem klaren Trennstrich gekommen. Es fehlt bisher ein breiter Konsens zur Vergangenheit, eine anerkannte Einordnung der Ereignisse auf der Basis von gesellschaftlichen Werten. Zudem konstatiert etwa Vergangenheitsforscher Znepolski, dass die ehemaligen Täter in den Medien breiteren Raum erhalten als die Opfer, und so ihre Sicht darstellen können, dass „die Zeit damals einfach so war“. Interviews und Memoiren kommunistischer Politiker sind demzufolge die Hauptquelle der Vergangenheitsbewältigung in den Medien. Auch ehemalige Geheimdienstgenerale seien nicht verpönt, manche hätten in der Öffentlichkeit eine Art Legendenstatus. Andere Veröffentlichungen gehen auf anonyme Geheimdienstquellen zurück und können daher nicht überprüft werden.⁴ Der in ganz Südosteuropa existierende Trend zum Boulevardjournalismus erschwert zusätzlich eine sachliche Auseinandersetzung.

Noch ist die Rolle der Medien in der Vergangenheit unzureichend erforscht, aber es wird deutlich, dass die bulgarischen Stasi-Akten ein Schlüssel zur öffentlichen Aufarbeitung sind. Die Archive wurden erst 2008 konsequent geöffnet, und auch nicht so weitgehend wie in anderen postkommunistischen Ländern. Kurz vor dem EU-Beitritt Bulgariens war 2006 ein Gesetz in Kraft getreten, das unter anderem die Überprüfung von Politikern, Richtern und Journalisten vorsieht. Dem zuständigen staatlichen Ausschuss zufolge war in den Jahren nach der Wende noch jede zehnte Führungskraft des staatlichen Rundfunks ein ehemaliger Spitzel der Staatssicherheit.⁵ Zudem waren etliche Akten bereits während des politischen Umbruchs vernichtet worden, so dass es ein entsprechendes Dunkelfeld geben dürfte. Die vergleichsweise späte und halbherzige Zurückdrängung von Stasi-Zuträgern, aber auch anderen ehemaligen Funktionären des Regimes in Staat und Medien hat nach übereinstimmender Einschätzung vieler Beobachter die Demokratisierung Bulgariens in der jüngsten Vergangenheit gehemmt.

Die bulgarischen Stasi-Akten sind ein Schlüssel zur öffentlichen Aufarbeitung. Die Archive wurden erst 2008 konsequent geöffnet, und auch nicht so weitgehend wie in anderen postkommunistischen Ländern.

4 | Vgl. Alexander Andreev, „Geheimdienste, Mafia und Politik“, *Südosteuropa Aktuell*, 27, München, 1998, 117 ff.

5 | „Bulgariens Stasi. Zahlreiche Journalisten belastet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.12.2008, <http://faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/feuilleton/-1743381.html> [11.03.2013].

Kritiker bemängeln, dass die Medien auch heute noch unzureichend über die Spitzel-Aktivitäten berichten. Dies mag allerdings auch an einer verbreiteten Unlust in der Bevölkerung liegen, sich mehr als 20 Jahre nach dem Systemwechsel mit den Altlasten zu beschäftigen. Ein unangemessener Umgang mit den Stasi-Akten in früheren Jahren kann dazu beigetragen haben: In der Zeit des Übergangs wurden die Geheimdokumente immer wieder als Wahlkampf-Thema missbraucht. „Bis es niemand mehr hören wollte und so neue Veröffentlichungen der Stasi-Kommission kaum mehr wahrgenommen wurden“, so ein Bericht der *Deutschen Welle*. Der Schriftsteller Vladimir Zarev wird darin mit folgender Einschätzung zitiert: „Die Stasi-Vergangenheit ist in der Öffentlichkeit kein Thema mehr, weil die Menschen

In mehreren Fällen wurden Journalisten, die auf Basis von Geheimdienstakten über mutmaßliche Spitzel berichteten, von diesen wegen Verleumdung oder Beleidigung verklagt.

die Aufarbeitung dieser schrecklichen Zeit als belanglos erachten. Sie betrachten nur die Oberfläche, die Tiefe dieser Prozesse bleibt absichtlich verborgen. Daher auch dieser Trancezustand, der schon 20 Jahre dauert.“⁶

In mehreren Fällen wurden Journalisten, die auf Basis von Geheimdienstakten über mutmaßliche Spitzel berichteten, von diesen wegen Verleumdung oder Beleidigung verklagt – auch dies dämpft das Interesse der Reporter. Im Bereich der Printmedien fehlt es zudem an gesetzlichen Rahmenbedingungen und einer starken Selbstregulierung, die seriösen investigativen Journalisten mehr Sicherheit geben könnten.

Printmedien lange nah an den Mächtigen

Die Bereitschaft der Medien zur Vergangenheitsbewältigung in den eigenen Reihen dürfte bisher dadurch limitiert gewesen sein, dass ein großer Teil der Eigentümer zur früheren Elite gehörte. Regimegegner hätten in der Umbruchzeit keine Chancen und finanziellen Möglichkeiten gehabt, ehemalige Staatsmedien zu übernehmen, so Vergangenheitsforscher Znepolski. Die Güter wurden vor der Nase der Demokraten unter einer „neu gestalteten, exkommunistischen Elite“ verteilt.⁷ Dieses Muster war auch in anderen osteuropäischen Ländern zu beobachten, etwa in Rumänien, wo sich Verantwortliche aus dem früheren

6 | Vessela Vladkova, „Bulgarien: Der lange Arm der Stasi“, *Deutsche Welle*, 17.04.2009, <http://dw.de/bulgarien-der-lange-arm-der-stasi/a-4179075> [11.03.2013].

7 | Gespräch mit KAS-Mitarbeiterin Denica Zheleva, 15.01.2013.

kommunistischen Mediensektor in den ersten Nachwendejahren als Eigentümer alter Staats- und Parteizeitungen registrieren ließen und deren Infrastruktur in Besitz nahmen.⁸

Obwohl sich in Bulgarien schnell auch neue, unabhängige Medien entwickelten, ist vor allem der Zeitungssektor in den 1990er Jahren noch sehr stark von der Politik und den alten Machteliten gelenkt worden.⁹ Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern waren im Vergleich zu manchen anderen postkommunistischen Staaten besonders eng. Dazu kann neben der alten Machtvertikale auch die Tatsache beigetragen haben, dass in der ersten Phase des Umbruchs mehrere neue Zeitungen von politischen Parteien gegründet wurden.

Allmählicher Wertewandel, aber auch neue Unsicherheiten für Journalisten

Insgesamt wich die totalitäre Sichtweise der Presse als Säule der Staatsmacht nur langsam einer modernen Auffassung von Medien als Kontrollinstanz mit öffentlicher Aufgabe und demokratischen Werten. Auch die Journalistik-Studiengänge der staatlichen Universitäten mussten sich mühsam reformieren, und es besteht unter bulgarischen Medienexperten noch kein Konsens, ob diese Entwicklung abgeschlossen ist. Formal sind die Medien heute vom Einfluss der Politik befreit, so die Bilanz des Instituts von Professor Znepolski. Der Wissenschaftler sieht aber deutliche Anhaltspunkte dafür, dass Politik und Medien nach wie vor „stark ineinander greifen und versteckte Verbindungen hinter dem Rücken der Gesellschaft pflegen“.

Heute arbeiten in Bulgarien mehrere Generationen von Journalisten neben- und miteinander: Solche, die im Kommunismus sozialisiert und von dessen Ideologie geprägt

8 | Simone Schindwein, „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“, *Netzwerk Recherche*, 2007, 67, <http://netzwerkrecherche.de/files/nr-studie-pressefreiheit.pdf> [11.03.2013].

9 | Pavlina Krasteva, „Journalismus in Bulgarien siebzehn Jahre nach dem Systemwechsel. Eine qualitative Studie zum Selbstverständnis von bulgarischen Pressejournalisten“, Magisterarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität München, 04/2007, 17, http://epub.ub.uni-muenchen.de/1986/1/MA_Krasteva_Pavlina.pdf [11.03.2013].

Die jüngeren Medienmitarbeiter waren und sind als engagierte, politisch unbelastete und häufig geringer bezahlte Arbeitskräfte in zahlreichen Verlagen und Sendern willkommen.

wurden, andere, die unmittelbar nach 1989 angingen und die rasanten Veränderungen in den Medien aktiv miterlebt haben, und wieder andere, ganz junge Journalisten, die die „wirren“ Transformationsjahre nicht selbst erlebt haben.¹⁰ Die jüngeren Medienmitarbeiter waren und sind als engagierte, politisch unbelastete und häufig geringer bezahlte Arbeitskräfte in zahlreichen Verlagen und Sendern willkommen. Sie haben überdurchschnittlich häufig die Initiative zu einer transparenteren, kritischeren Berichterstattung ergriffen, sich aber nicht immer durchsetzen können. Zudem sind ihre Jobs heute auf einem schrumpfenden Arbeitsmarkt wieder stärker in Gefahr.

Eine neue Tendenz zur Eigentümerkonzentration, die Experten seit dem zweiten Halbjahr 2012 sehen, dürfte die Unabhängigkeit der Berichterstattung eher erschweren – und könnte einige der Fortschritte der vergangenen 23 Jahre in Frage stellen. Ein potenzielles Zeitungsmonopol, hervorgerufen durch ein Zusammenrücken zweier großer Mediengruppen, würde die Abhängigkeiten zwischen Politik und Medien weiter verstärken. Die nach der Wende erreichte Vielfalt im Journalismus gehe bereits wieder zurück, diagnostiziert der Medienwissenschaftler Orlin Spassov in einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Medien-Monitoring: „Es gibt einen Trend zur Vereinheitlichung der Berichterstattung.“¹¹ Die meisten Printmedien berichteten bis zum Rücktritt der Regierung Borissov im Februar 2012 durchweg positiv über die Spitzenpolitiker, einzelne setzten sich mit radikal kritischer Berichterstattung ab – aber differenzierte Betrachtungen kamen selten vor. In der *Rangliste der Pressefreiheit 2013* von Reporter ohne Grenzen, die die Faktoren der rechtlichen Unabhängigkeit und der politischen Autonomie von Journalisten berücksichtigt, fiel Bulgarien, das Schlusslicht in der EU, weiter zurück – auf den 87. Platz weltweit.¹²

10 | Krasteva, Fn. 9, 1.

11 | „Bulgarische Printmedien: Polarisierung und Wettbewerb mit dem Web – Jahresreport 2012 der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Mediendemokratie“, KAS-Veranstaltungsbeiträge, 17.01.2013, <http://kas.de/medien-europa/de/publications/33299> [11.03.2013].

12 | Reporter ohne Grenzen, *Rangliste der Pressefreiheit 2013*, http://reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2013/130128_Rangliste_Deutsch.pdf [11.03.2013].

Nach übereinstimmenden Einschätzungen von Branchenkennern schreiben die meisten bulgarischen Medien derzeit keine schwarzen Zahlen. Es gibt sehr viele Medien in einem überschaubaren Markt, so dass eine weitere Konsolidierung begünstigt wird. Eine Konzentration in der Eigentümerstruktur dürfte aber rein wirtschaftlich keine Probleme lösen, wenn nicht gleichzeitig in die journalistische Qualität der Produkte investiert wird – gerade im Wettbewerb mit Gratisangeboten im Internet. Vor allem Zeitungen und Zeitschriften können damit punkten, komplexe Themen anschaulich zu machen und ihren Lesern Orientierung zu bieten. Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit ist dafür ein wichtiges Beispiel. Die Medien können dabei auch ihre eigene Geschichte beleuchten und so neues Vertrauen bei den Bürgern gewinnen.

EX-JUGOSLAWIEN: MEDIEN ALS KATALYSATOR FÜR NATIONEN

Nicht nur durch den Kommunismus haben Medien in Südosteuropa an Glaubwürdigkeit verloren. Die Verstrickung in politische Verbrechen und deren schwierige Aufarbeitung lässt sich besonders gut auch anhand der Kriege im ehemaligen Jugoslawien beobachten. Was im kommunistischen System über Jahrzehnte stattfand, die Entwicklung politischer Gewalt mit verbrecherischen Zügen, geschah während des Balkankonflikts gewissermaßen im Zeitraffer.

Im auseinanderbrechenden Jugoslawien hatte der Umgang der Medien mit dem Erbe des Kommunismus eine zusätzliche Facette: Sie mussten nicht nur eine Position zum politischen Systemwechsel finden, sondern fanden sich darüber hinaus in einem ethnischen Konflikt wieder. Sie wurden von den politischen Eliten vor die Aufgabe gestellt, die Geschichte und Gegenwart zugunsten der jeweils eigenen Ethnie neu zu interpretieren – und aktiv an der Bildung neuer kollektiver Identitäten mitzuwirken. Sie sollten Menschen dazu bewegen, sich einer nationalen Gruppe zugehörig zu fühlen. Medien beteiligten sich daran, die Konflikte zwischen den Völkern des Westbalkans aus der jeweiligen Perspektive „ihrer“ Nation neu zu interpretieren, sie in ihre Geschichtsschreibung zu integrieren und damit ein neues historisches Kontinuum zu erfinden.

Dabei ging es – jeweils abhängig vom Frontverlauf – meist um eine einfache Interpretation: Eine unschuldige Nation, die von einer anderen zum Opfer gemacht wird. In einer Studie der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche heißt es: „*Ihr* und *Wir* – das sind die beiden Begriffe, über die soziale Identitäten und die damit verbundenen Abgrenzungen funktionieren. In der Regel sind [...] Berichte, Artikel und Überschriften ausschließlich an die eigene *Wir*-Gruppe adressiert. Diesen mobilisierenden Faktor hat sich auch die Milošević-Regierung in den Konflikten der 1990er Jahre zu Nutzen gemacht.“¹³ Ob in Serbien, Kroatien oder Bosnien, Medien wurden schnell zur Kriegspartei: Sie verschwiegen die Verbrechen der eigenen Seite und brachten umso mehr Berichte über Gräueltaten der Gegner. Dieses Handlungsmuster war auch viele Jahre nach den Kämpfen noch zu beobachten¹⁴ und hält in abgeschwächter Form bis heute an.



Slobodan Milošević wurde 1999 als erstes Staatsoberhaupt von einem Kriegsverbrechertribunal wegen Völkermordes angeklagt. | Quelle: a-birdie / flickr (CC BY-NC).

13 | Schlindwein, Fn. 8, 54.

14 | Vgl. Radenko Udovičić, Ozren Kebo, Tanja Topić und Benjamin Butković, „Vergangenheitsbewältigung und die Rolle der Medien“, Media Plan Institut und Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo, 20.11.2005, 75, http://kas.de/wf/doc/kas_7668-544-1-30.pdf [11.03.2013].

Slobodan Milošević hatte den jugoslawischen Medien in den 1990er Jahren Zugeständnisse in puncto Pressefreiheit gemacht – allerdings mit dem Kalkül, dass die Medien ihn bei seinem nationalistischen Feldzug unterstützen würden. Auch in Serbien war die Medienlandschaft „unkontrolliert und nahezu willkürlich“ privatisiert worden, und die neuen Besitzer stammten aus der vorhandenen Machtelite.¹⁵ Dabei folgten die meisten Medien nicht nur widerstandslos dem Konfliktkurs der jugoslawischen Warlords, sondern bildeten in der Summe eine große Propagandamaschine. Für den amerikanischen Kriegsreporter und Pulitzerpreis-Gewinner Roy Gutman war einer der beunruhigendsten Aspekte der regionalen Mediengeschichte, „wie leicht Vertreter der Presse von Journalisten zu Propagandisten wurden“.¹⁶ Die Medien erwiesen sich als starkes Werkzeug bei der Zerschlagung der multi-ethnischen Gesellschaft.

Reporter in Uniform

Heute müssen sich Journalisten nicht nur dafür verantworten, dass sie die Kriegspropaganda verbal unterstützt haben. In einigen Fällen sind wohl Kampfhandlungen durch Medienberichte erst hervorgerufen oder zumindest verstärkt worden. Während der serbischen Vormärsche auf das kroatische Vukovar 1991 und das bosnische Zvornik 1992 sollen Reporter an vorderster Front in Uniform in die zu erobernden Gebiete einmarschiert sein. Einige Beteiligte der Kämpfe, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, gaben zu Protokoll, dass sie ihre Taten aufgrund der Berichterstattung im Fernsehen begangen hatten.

Während der serbischen Vormärsche auf das kroatische Vukovar 1991 und das bosnische Zvornik 1992 sollen Reporter an vorderster Front in Uniform in die zu erobernden Gebiete einmarschiert sein.

Im Fall von Zvornik strahlte das serbische Staatsfernsehen unter anderem Bilder einer Moschee aus, auf der die serbische Flagge aufgezogen worden war, untermalt von martialischer Musik.¹⁷ Vor dem Massaker von Vukovar, bei dem

15 | Schlindwein, Fn. 8, 57.

16 | United States Institute of Peace, „Prime Time Crime: The Media and the Balkan Wars“, 04/2013, <http://usip.org/publications/prime-time-crime-media-and-balkan-wars> [11.03.2013].

17 | Želimir Bojović, „Milosevic Media Face War Crimes Spotlight“, Balkan Transitional Justice, 24.06.2009, <http://balkaninsight.com/en/article/milosevic-media-face-war-crimes-spotlight> [11.03.2013].

weit mehr als 200 kroatische Zivilisten getötet wurden, hatten Medien unwahre Berichte verbreitet, wonach kroatische Kämpfer 41 serbische Kinder in einer Grundschule ermordet hätten. Die Berichte gingen auf einen Reuters-Korrespondenten in der Region zurück, der später entlassen wurde. Sie trugen offenbar dazu bei, dass paramilitärische Gruppen Zulauf erhielten.¹⁸ „Wenn Lügen von der Front verbreitet werden, animieren sie die Leute im Feld zum Töten“, wird ein Sprecher der serbischen Staatsanwaltschaft zitiert, die 2009 mit Ermittlungen gegen Journalisten wegen der Beteiligung an Kriegsverbrechen begann.¹⁹ Kemal Kurspahić, früherer Chefredakteur der bosnischen antinationalistischen Tageszeitung *Oslobođenje*, verwendet dafür den Begriff „Prime Time Crime“, der sonst für TV-Krimis genutzt wird. Der direkte Zusammenhang zwischen TV-Berichten und Übergriffen ist in der Praxis allerdings schwer nachzuweisen.



Das Hauptgebäude des Staatssenders RTS in Belgrad, das im April 1999 Ziel eines NATO-Bombardements wurde, ist heute nur noch eine Ruine. | Quelle: Paradasos / flickr (CC BY-NC).

Auch später, im Kosovo-Konflikt mit der NATO, spielten serbische Staatsmedien eine kriegsrelevante Rolle. Ihre TV-Bilder wurden zunehmend auch von amerikanischen und westeuropäischen Sendern ausgestrahlt, weil die NATO

18 | Anes Alić, „Balkans: Media and war Crimes“, ISN, ETH Zürich, 24.06.2009, <http://isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Articles/Detail/?id=102376> [11.03.2013].

19 | Bojović, Fn. 17.

selbst nur wenig Bildmaterial zur Verfügung stellte. Dies drohte die politische Wahrnehmung des Krieges auch im Westen zu verändern – eines der Motive, warum die NATO Medieneinrichtungen in Serbien angriff. Am 23. April 1999 wurden bei einem Schlag gegen das Hauptgebäude des Staatssenders RTS in Belgrad elf Menschen getötet. Der damalige NATO-Sprecher Jamie Shea begründete den Angriff wie folgt: „RTS ist kein Medium, sondern voll von Regierungsangestellten, die dafür bezahlt werden, dass sie Propaganda und Lügen produzieren. [...] Deswegen sehen wir es als ein militärisches Ziel.“²⁰ Die Meinungsfreiheit in Serbien war längst auch offiziell wieder eingeschränkt. Aufgrund eines Dekrets der Regierung mussten Radio- und Fernsehsender Anweisungen der politischen Führung befolgen und unterlagen strikten Sprachregelungen. Einige unabhängige Stationen bemühten sich immerhin um ein eigenständiges Programm.²¹

Kriegstreiber unter Druck von Kollegen

Die Kriegstreiber unter den Journalisten sahen sich in der folgenden Friedenszeit zunehmendem Druck ausgesetzt. Bereits kurz nach dem Fall Milošević im Jahr 2000 wurden die schlimmsten Scharfmacher aus der serbischen Journalistenvereinigung ausgeschlossen.²² 2006 kritisierten Journalistenverbände die Wahl einer Rundfunkintendantin in der serbischen Provinz Vojvodina, die zu Beginn der 1990er Jahre Führungskraft eines Hass-Senders war.²³ Die Ermittlungen der serbischen Staatsanwaltschaft gegen Journalisten im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen wurden zumindest von einem Teil der Medienvertreter begrüßt. Es gab unter den serbischen Journalistenverbänden allerdings keine Einigkeit darüber, ob das Vorgehen der Justiz angemessen ist. Zumindest scheint der Einfluss der Scharfmacher in der eigenen Zunft abgenommen zu haben.

Bereits kurz nach dem Fall Milošević im Jahr 2000 wurden die schlimmsten Scharfmacher aus der serbischen Journalistenvereinigung ausgeschlossen.

20 | „Targeting Serb TV“, Public Broadcasting Service (PBS), 23.04.1999, http://pbs.org/newshour/bb/europe/jan-june99/serb_tv_4-23.html [11.03.2013].

21 | Schlindwein, Fn. 8, 54.

22 | Bojović, Fn. 17.

23 | Dinko Gruhonjić, „Rundfunk in Serbien: Ohne neues Personal keine Vergangenheitsbewältigung“, *Deutsche Welle*, 29.07.2006, <http://dw.de/p/8tqS> [11.03.2013].

Infolge der traumatischen Kriegserfahrung hat heute jede Volksgruppe in Ex-Jugoslawien ihre eigene Wahrheit, die sich in der Geschichtsschreibung und im Bildungssystem ebenso zeigt wie in den Medien.

Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass die nationalistischen Sichtweisen in den Medien Ex-Jugoslawiens marginalisiert sind. Infolge der traumatischen Kriegserfahrung hat heute jede Volksgruppe der Region ihre

eigene Wahrheit, die sich in der Geschichtsschreibung und im Bildungssystem ebenso zeigt wie in den Medien. Niedrige Strafen oder Freisprüche für Kriegsverbrecher der Gegenseite werden gern als Missachtung der Opfer und Angriff auf die eigene Nation skandalisiert, Gewaltexzesse der damaligen eigenen Truppen dagegen eher verschwiegen. Es geht auch subtiler: Journalisten erwecken zuweilen den „Anschein einer neutralen Intonation, die durch die Auswahl von Details untergraben wird, die ‚unsere Schuld‘ mindern und ‚ihre Schuld‘ betonen“.²⁴ Auch in Debatten über die Zukunft der Region spielt die ethnische Rhetorik weiter eine wahrnehmbare Rolle. Wie eine Studie aus Bosnien zeigt, ist die oft kritisierte „Hasssprache“ in den herkömmlichen Medien zwar dezenteren Formen der Auseinandersetzung gewichen und kein Massenphänomen mehr, aber zum Beispiel in Internetforen noch virulent.²⁵

Für eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der eigenen jüngsten Geschichte ist etwa in serbischen Massenmedien auch heute noch recht wenig Platz. Positiv heben sich vor allem der Radiosender *B92*, das Nachrichtenmagazin *Vreme* (Die Zeit) und die Tageszeitung *Danas* (Heute) ab, auch die Nachrichtenagentur *Beta* behandelt empfindliche Themen aus der Vergangenheit. In Kroatien können die Enthüllungsberichte der Tageszeitung *Jutarnji list* (Morgenblatt) und gelegentliche Publikationen in Wochenzeitschriften genannt werden. Sonst seien gut recherchierte Artikel in den beiden Ländern Mangelware, so eine aktuelle Experteneinschätzung der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik.²⁶ Das Interesse an den Kriegen der 1990er Jahre geht demnach eher zurück, während der Zweite Weltkrieg vor dem Hintergrund einer umstrittenen Geschichtsschreibung wieder intensiver betrachtet wird. Vereinzelt

24 | Udovičić, Kebo, Topić und Butković, Fn. 14, 75.

25 | Radenko Udovičić, „The Internet – Freedom Without Boundaries? Analysis of comments on portals and recommendations on better communication“, Media Plan Institut und Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo, 2010, 6, http://kas.de/wf/doc/kas_20598-1522-2-30.pdf [11.03.2013].

26 | E-Mail an den Autor, 08.01.2013.

füllen Online-Medien einen Teil der Lücken, etwa bei der Berichterstattung über die Haager Kriegsverbrecherprozesse.²⁷

Bosnischen Medien wurde dagegen in einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten Studie schon 2005 eine hohe Aufmerksamkeit für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien attestiert. Dies dürfte auch damit zu tun haben, dass Bosnien-Herzegowina stärker als Opfer wahrgenommen wird. Die Analyse der bosnischen Medien führt allerdings zu dem Schluss, dass es bei der Ausgewogenheit und inhaltlichen Qualität der Berichte ebenfalls große Defizite gab. So haben es etwa die Medien zehn Jahre lang weitgehend versäumt, der Öffentlichkeit die Arbeitsweise des Internationalen Strafgerichtshofs und die Positionen der Ankläger zu erläutern.²⁸

An sachlichen journalistischen Analysen fehlt es nach wie vor in der Region, wie vor knapp zwei Jahren die Verhaftung des mutmaßlichen serbischen Kriegsverbrechers Ratko Mladić zeigte. Die serbischen Medien interessierten sich dabei kaum für die gravierenden Vorwürfe des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, der dem früheren General der bosnischen Serbenrepublik Völkermord, Vertreibungen und Terror gegen die Zivilbevölkerung vorwarf. Die meisten Zeitungen und Sender fragten auch nicht danach, wie Mladić jahrelang in Serbien untertauchen konnte und wer ihn dabei unterstützt hat. Die am meisten um Objektivität bemühten Berichte machten es noch zur Hauptbotschaft, dass nun ein wichtiges Hindernis zum EU-Beitritt beseitigt sei. Etliche Medien behandelten Mladić dagegen wie einen Popstar und verfassten sensationsorientierte Schlagzeilen wie „Er überlebte drei Herzattacken!“ oder „Begrabt mich neben meiner Tochter!“. Nur die Wochenzeitschrift *Vreme* fragte, wie Mladić trotz eines internationalen Haftbefehls so lange medizinische Behandlung genießen konnte, ohne entdeckt

Etliche Medien behandelten Mladić wie einen Popstar und verfassten sensationsorientierte Schlagzeilen wie „Er überlebte drei Herzattacken!“ oder „Begrabt mich neben meiner Tochter!“.

27 | Vgl. Henri Bohnet, Anja Czymmeck, Michael A. Lange und Sabina Wölkner, „Das Haager Kriegsverbrechertribunal und die Vergangenheitsaufarbeitung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens“, in dieser Ausgabe der *KAS-Auslandsinformationen*, 7.

28 | Udovičić, Kebo, Topić und Butković, Fn. 14, 2.

zu werden.²⁹ Die oberflächliche Berichterstattung ist in den Augen kritischer Beobachter ein Zeichen, dass es noch zu wenig Bereitschaft für eine Vergangenheitsbewältigung gibt. Die Ursache liegt aber auch in dem dominierenden Boulevardjournalismus, der sich konzeptbedingt mit einer differenzierten Aufarbeitung komplexer Themen schwertut.

AUSBLICK: AUFBRECHEN VON STEREOTYPEN

Noch heute sehen sich Medien, die für eine Aufarbeitung und Aussöhnung eintreten, häufig in der Minderheit. Dies führt zu der Frage, inwiefern die Medienentwicklungszusammenarbeit positive Anreize bieten kann. Fachlich gesehen sind Fortbildungen zu investigativem Journalismus angezeigt, gerade auch im Bereich von Justizthemen. Zudem gibt es Nachholbedarf bei der Information von Journalisten über die Funktionsweise internationaler Institutionen und etablierte Methoden der Vergangenheitsbewältigung. Gleichzeitig sind Medienschaffende eine wichtige Mittlergruppe, die das Denken in Stereotypen aufbrechen kann. Daher unterstützen Nichtregierungsorganisationen, die mit Medien in der Region arbeiten, idealerweise auch das Hinterfragen parteilicher Berichterstattung. Ein Mittel dazu ist, auf Medienkonferenzen und Workshops den Austausch zwischen Journalisten ehemals gegnerischer Nationen zu fördern. Dies bietet Gelegenheit, scheinbar fest stehende Wahrheiten zu relativieren und die oft ähnlichen Herausforderungen im beruflichen Alltag zu identifizieren. Internationale Programme können zudem die Neubildung unabhängiger Medien fachlich unterstützen, vor allem im Internet. Dadurch werden neue Sichtweisen auf die Vergangenheit und Zukunft der Region gefördert. So bedeutsam die Medien als Werkzeug für Diktatoren und Kriegsherren waren, so entscheidend sind sie heute beim Aufbau moderner Demokratien und der Festigung des Friedens auf dem Balkan.

Wissenschaftliche Mitarbeit: Denica Zheleva und Irina Kharuk

29 | Marija Ristić, „Serbian Media About Mladic – Turning Horror into Showbiz“, *Balkan Transitional Justice*, 31.12.2012, <http://balkaninsight.com/en/article/serbia-turning-horror-into-showbiz> [11.03.2013].